

V2NEU Neues Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz der CSU ablehnen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedene Anträge

- 1 22 Prozent der Menschen erkranken im Laufe des Lebens an Depressionen oder
2 ähnlichen psychischen Erkrankungen und brauchen ambulante und/oder stationäre
3 Therapie. Um einen Therapieerfolg zu erlangen sollte die Therapie und
4 Unterbringung auf freiwilliger Basis geschehen. Durch den ersten Entwurf des
5 geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Bayern der CSU gelten in bayerischen
6 Psychiatrien Gefängnis-ähnliche Zustände. Grundrechte werden den Patient*innen
7 entzogen und auch nach erfolgreicher Therapie werden persönliche Daten gesammelt
8 und sind für Behörden wie der Polizei lange einsehbar. Dadurch werden Menschen
9 mit einer Erkrankung wie "Gefährder*innen" behandelt. Therapie wird verhindert
10 und Stigmatisierung verstärkt.
- 11 Auch wenn die CSU sich von der allgemeinen Unterbringungsdatei distanziert hat,
12 bleibt unklar wie weit die Daten weitergegeben werden und Expert*innen warnen
13 weiterhin von dem Gesetzesentwurf.
- 14 Deswegen lehnen wir von der GRÜNEN JUGEND Bayern das Psychisch-Kranken-Hilfe-
15 Gesetz Bayern der CSU eindeutig ab!
- 16 Wir fordern stattdessen eine vernünftige und angemessene Verbesserung der
17 Psychiatrien und der Situation der Patient*innen!
- 18 Weiterhin fordern wir wie im Papier "Mental Health Matters: It's time to talk!"
19 vom 25. November 2017 in Landshut beschlossen:
- 20 - Aufklärung über psychische Erkrankungen in Schulen
 - 21 - gut ausgebildete Schulpsycholog*innen
 - 22 - Bedarfsanalyse über das notwendige Verhältnis von Bewohner*innen und
23 Therapeut*innen
 - 24 - staatliche Förderung von Kliniken und Therapeut*innen auf dem Land
 - 25 - Ausbau von Krisenstationen
 - 26 - Ausbau von Adoleszenz- und Gerontopsychiatrischen Stationen
 - 27 - kostenlose Ausbildung für Psychotherapeut*innen
 - 28 - Masterabschlussgarantie für Bachelor-Absolvent*innen

Begründung

erfolgt mündlich